

Eberhard Frasch

15. 12. 2011 Statement.

Demokratie und Sport – zwei vergleichbare Felder

Es geht um den Wettstreit. Es gelten Spielregeln. Man kann gewinnen, kann verlieren. Es geht um Fairplay, Respekt vor dem Gegner. Neutrale Schiedsrichter entscheiden.

„Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust“

Einerseits:

Niederlage in der Volksabstimmung sportlich nehmen. Wir sind angetreten und haben verloren. Die Niederlage motiviert für den nächsten Wettkampf, wir sind als Mannschaft stolz unsere Motivation und Leistung.

Andererseits:

Es fällt es mir schwer zu sagen: Ich habe Respekt vor den Siegern. Für mich fehlt einiges, was zu einem echten „Spiel“ gehört: gleiche/ ähnliche Voraussetzungen, „Waffengleichheit“, Fairplay, Respekt u.v.m. .

Wir haben mit bescheidenen Mitteln gegen eine Phalanx von Mächtigen und Finanzstarken mit Netzwerken, Medienverbindungen und Ressourcenpools. gekämpft. Waffenungleichheit herrschte v.a. in Bezug auf die einseitige Parteinahme der kommunalen Funktionsträger, die Akteure der Wirtschafts- und Finanzkreise sowie ihre Verbände und Verbände.

„Das Spiel ist vorbei. Das Spiel geht weiter.“ - Es bleibt ein Rest.

1. Die kommunalen Funktionsträger – z.B. Barbara Bosch

Im Herbst 2011 präsentierten die Volksentscheid-Nein-Sager ihre Unterstützerfotos. Sowohl auf Landes- als auch auf Kreisebene. Jeweils im Zentrum: Barbara Bosch, einmal als Städtetagspräsidentin, einmal als Oberbürgermeisterin. Aufgefordert, sich öffentlich oder im Gespräch der Kritik an den vage versprochenen Verbindungsverbesserungen (Wendlinger Kurve ...) zu stellen, gab es nur Schweigen aus dem Rathaus. Auch die „Filderkraut-Aktion“ des Reutlinger Aktionsbündnisses gegen S21, mit dem auf die Planlosigkeit im Bereich Fildern (Flughafen, Messe ...) hingewiesen werden sollte, brachte dasselbe Ergebnis: Schweigen aus dem Rathaus. Darauf angesprochen im GEA-Interview erwiderte Frau Bosch, darauf brauche sie nicht einzugehen, es handle sich hier nicht um eine kommunale Angelegenheit. Wer versteht diese Widersprüche?

2. Wer kontrolliert den Finanzminister Nils Schmid in Bezug auf Stuttgart 21?

Die Abgeordneten der „Opposition“ (CDU und FDP): Nein, denn die Schmiedel-Hauk-Rülke-Connection steht. Die Abgeordneten der GRÜNEN? Nein, sie stehen unter Koalitionszwang. Die Abgeordneten der SPD? Erst recht nicht.

Die „außerparlamentarische Opposition“? Ja, aber Nils Schmid antwortet nicht. Wir bleiben dran, auch mit dem REUTLINGER APELL.

3. Das Führungspersonal der Deutschen Bahn zeigt sich selbtherrlich, machtbesessen und skrupellos.

Das jüngste Beispiel: Der Auftritt Grubes beim Forum der Stuttgarter Nachrichten. Er besitzt die Chuzpe, dem Ministerpräsidenten Sätze wie diese ins Gesicht zu schleudern – zwei Tage nach der Volksabstimmung:

„Wir haben alle Hosen runtergelassen. Die Kostensache, das werden Sie sehen, ist genauso eine Verschwörungstheorie, ich hoffe, dass sie nicht mehr kommt. Aber es gibt doch überhaupt gar nichts zu verstecken. Wir legen alles auf den Tisch. Ich sage Ihnen: Auf dieser Welt kommt alles raus, ja, ich finde das toll. ... Die 80 Mio. sind verursacht worden durch die Schlichtung. ... Wer sich heute hinstellt und sagt, es kostet 4,088 Milliarden Euro, der hat sein Geschäft nicht verstanden“. Von Kostenbegrenzung – wie vor der Abstimmung – ist keine Rede mehr.

Was mich sehr beunruhigt, ist eine vertrauliche Information aus dem innersten Zirkel des Bahnvorstands.

„Wenn's nicht die Grünen wären, die dagegen sind, dann wäre S21 schon längst begraben. Die Bahnspitze tut alles, um Kretschmann und die Grünen bei jeder sich bietenden Gelegenheit vorzuführen. Die laufenden Auseinandersetzungen über den Bahnhof sind dazu nur Mittel zum Zweck. Hierin steht sie im Gleichklang und in Verbindung mit der Union, v.a. der baden-württembergischen CDU, die das Landtagswahlergebnis noch nicht verarbeitet hat.“

Ich kann diese Information – gerade weil die Quelle erstklassig ist - nur sehr vorsichtig und unter Vorbehalt weitergeben. Aber alle Indizien weisen in diese Richtung. Dazu gehört vor allem die Vorliebe der Bahnmänner (einschließlich Herr Dietrich vom Kommunikationsbüro), Forderungen an die grünen Teile der Landesregierung öffentlich geltend zu machen – und nicht, wie es sich gehörte, auf dem direkten Weg.

Der Bahnvorstand zeigt sich als Machtzentrum, das politisch agiert, dafür aber von niemand ein Mandat erhalten hat. Insofern spielt er unter Einsatz verdeckter Ziele und Mittel ein Machtpoker, das mit Fairplay, etwa bei der Volksabstimmung, nichts zu tun hat. Der Bahnvorstand stellt eine erhebliche Gefahr für die Demokratie dar.

Fazit:

Wir bezweifeln schon seit über einem Jahr, dass bei dem Projekt Stuttgart 21 alles mit rechten Dingen zugegangen ist und zugeht. Es bleiben auch nach der Volksabstimmung viele rechtliche, ökologische sowie bau- und fahrplantechnische Probleme. Wir vertrauen darauf, dass nicht zuletzt die Gerichte diese Probleme aufdecken werden und das Projekt scheitern lassen.

Unsere Aufgabe bleibt es, wachsam, kritisch und mit friedlichen Mitteln aktiv zu bleiben.